

## Was bleibt von der DDR?

### Die ostdeutschen Länder aus polnischer Perspektive

Ludwig Mehlhorn

Fast zehn Jahre nach dem Fall der Mauer und der deutschen Einheit erheben sich auf den ersten Blick Zweifel, ob es überhaupt Sinn macht, von einem spezifischen Blick der Polen auf die ostdeutschen Länder zu sprechen. Nahezu alle zentralen Entwicklungen in den deutsch-polnischen Beziehungen der neunziger Jahre haben keinen besonderen ostdeutschen Aspekt. Das gilt insbesondere für den europapolitischen Kurs der polnischen Außen-, Sicherheits- und Wirtschaftspolitik, besonders bezüglich des Beitritts zur NATO und zur Europäischen Union.

Aus der Vergangenheit rührende bilaterale Probleme, die in den letzten zehn Jahren auf der politischen Tagesordnung standen, haben ihre Wurzeln eher in der Zeit des Nationalsozialismus oder der unmittelbaren Nachkriegszeit und selten einen Bezug zur DDR oder den ostdeutschen Ländern. Als Beispiele seien der Status der deutschen Minderheit, der Streit um die Entschädigung für Zwangsarbeiter oder offene Rechtsfragen im Zusammenhang mit dem Verbleib deutscher Kulturgüter genannt. Die für das deutsch-polnische Verhältnis nicht unwichtige „symbolische Politik“ machte sich an den 50. Jahrestagen fest - 50 Jahre Aufstand im Warschauer Getto, 50 Jahre Warschauer Aufstand, 50 Jahre Befreiung von Auschwitz und schließlich 50 Jahre Kriegsende mit der Rede des Außenministers Wladyslaw Bartoszewski in Bonn.

Das Ende des Kommunismus brachte in Polen keine tiefere Debatte über diese Epoche, wohl aber die Enttabuisierung bis dahin verdrängter, inopportuner oder von der Zensur verbotener Themen,

wie etwa die Frage einer polnischen Mitverantwortung für den Holocaust oder die Vertreibung der Deutschen - Fragen, die indirekt mit der DDR zu tun haben. Denn erst der Niedergang des Kommunismus und damit das Verschwinden des kommunistischen Blocks haben es ermöglicht, daß die Folgen des Nationalsozialismus erneut auf die Tagesordnung kamen.

Wenn im folgenden der Versuch unternommen wird, einige Facetten zum Blick der Polen auf Ostdeutschland zusammenzutragen, dann muß man sich darüber im klaren sein, daß diese für das polnische Bild von Deutschland insgesamt lediglich eine marginale Rolle spielen.

#### *Erblasten der DDR*

Die DDR wurde in Polen immer als ein Staat gesehen, der sich nicht auf eine nationale Tradition und Geschichte gründen konnte und aus diesem Grunde auf Dauer nicht lebensfähig sein würde. Ihre Existenz verdankte sie der Siegermacht Sowjetunion. Sie war der Frontstaat des östlichen Bündnisses. Die Präsenz der Sowjetarmee war deshalb - und nicht, weil Hitler-Deutschland von den Alliierten besetzt worden war - größer als in den anderen Ländern des sowjetischen Blocks. Aus dem gleichen Grund war hier auch der Repressionsapparat, vor allem die Staatssicherheit, stärker ausgebaut als anderswo, zumal in Polen. Der besondere Charakter des Staates, von seinen nationalen Wurzeln abgeschnitten, hat auf die Gesellschaft der DDR abgefärbt. Der Sog der Bundesrepublik war so stark, daß in 40 Jahren etwa fünf Millionen Menschen das Land verließen - sei es durch Flucht, legale Ausreise oder Freikauf. In den frühen DDR-Jahren waren es vor allem die alten Eliten, die das Land verließen. Mehr als anderswo boten sich dadurch Aufstiegschancen für Menschen, die zu Funktionsträgern und Stützen des Systems wurden.

Das polnische Bild der DDR-Gesellschaft ist vor allem dadurch gekennzeichnet, daß die innere Zustimmung zum Staat und zur gesellschaftlichen Ordnung erheblich größer war als in Polen. In der DDR ging die ideologische Durchdringung der Gesellschaft sehr viel weiter. Der Organisationsgrad in Parteien, sozialistischen Jugendverbänden, paramilitärischen Organisationen und anderen Massenorganisationen war wohl nirgends so hoch wie in der DDR. Die massenhafte Inanspruchnahme eines atheistischen Ritus wie der Jugendweihe mußte den Polen unverständlich bleiben. Den Polen fiel besonders die Militarisierung der DDR auf. Die Erstbekanntschaft für Reisende waren die Grenzbeamten und Zöllner, die ihren Dienst nicht selten mit einem schneidigen Kommandoton versahen, der bei älteren Menschen Assoziationen an vergangene Zeiten weckte, bei jüngeren sämtliche antideutschen Vorurteile bestätigte, die sie sich in schlechten Filmen über die Nazizeit angeeignet hatten. Die führenden Kommunisten der DDR erschienen selbst den polnischen Kommunisten als Betonköpfe. Insgesamt wirkte die ostdeutsche Gesellschaft an die vorgegebenen Sprachmuster angepaßt, so daß auch die offizielle Rhetorik von der Völkerfreundschaft leicht als Mogelpackung durchschaut werden konnte.

Im Zweifelsfall erwies sich die DDR als besonders bündnistreu. Nirgendwo sonst wurde die Allianz mit der Sowjetunion so scharf betont wie hier. Das Bild vom Wachhund, der sofort anschlug, wenn in einem anderen kommunistischen Staat die Reinheit der Ideologie aufgeweicht wurde oder gar die Allmacht der Partei in Gefahr geriet, wurde nach 1989 bestätigt. Es war Honecker, der 1980 in Moskau als Antwort auf die „Solidarnosc“ dieselbe Reaktion der Warschauer-Pakt-Staaten forderte wie 1968 in der CSSR. In der Gesellschaft entsprach dieser politische Vorstoß, der damals natürlich nicht öf-

fentlich bekannt wurde, einer weit verbreiteten polenfeindlichen Stimmung. Nach einer kurzen Phase großer Sympathie für die streikenden Polen gelang es der SED, für die wirtschaftlichen Probleme und insbesondere die Knappheit an Konsumgütern die einkaufenden Polen verantwortlich zu machen. Das Bild der Polen von der DDR ist somit charakterisiert durch ein relativ hohes Maß an Übereinstimmung zwischen Partei und Staat auf der einen sowie der Gesellschaft auf der anderen Seite. Der Gegensatz zum Stereotyp von der eigenen Gesellschaft, die aus ihrem Widerspruch gegen das System keinen Hehl macht und nahezu geschlossen mit der Opposition sympathisiert, ist deutlich. Die DDR-Opposition trat später als die polnische in die Öffentlichkeit, war intellektuell und politisch schwächer; auch deswegen wurden ihre Aktivitäten in Polen kaum wahrgenommen.

#### *Die Frage der deutschen Einheit*

In den Bürgerbewegungen, die dem demokratischen Umbruch 1989 vorausgingen, war Polen Vorreiter. Ende der achtziger Jahre kehrte die Solidarnosc nach einer Phase der Repression unter dem Kriegsrecht in die Legalität zurück. In den Gesprächen am „Runden Tisch“ kam es zu einem historischen Kompromiß zwischen Staatsmacht und Opposition, als halbfreie Wahlen verabredet wurden. Das Machtmonopol der Einheitspartei war damit erstmals in einem Land des sowjetischen Blocks gebrochen. Polen war in dieser kritischen Phase um die „Selbstbeschränkung der Revolution“ bemüht. Moskau sollte kein Vorwand für ein Eingreifen von außen geboten werden. Als im September 1989 DDR-Bürger nicht nur nach Budapest und Prag, sondern auch über die Neiße nach Polen flohen, um über die deutschen Botschaften einen Weg nach Westen zu finden, hat die neue Regierung Mazowiecki

diesen Menschen Schutz und Unterstützung gewährt. Die Einsicht hatte sich durchgesetzt, daß sich mit der offiziellen DDR aus polnischer Perspektive keine zukunftsweisende Politik mehr betreiben ließ.

Im Herbst 1989 wurde auch in der DDR der Systemwandel vollzogen. Mit dem Fall der Mauer zeichnete sich immer stärker die Möglichkeit der deutschen Vereinigung ab. Das Bild der DDR wurde im polnischen Bewußtsein wesentlich von der Einstellung zu dieser Frage geprägt. Im Sommer 1989 gingen die Meinungen der Polen über die Idee einer deutschen Vereinigung noch weit auseinander. Vor allem im kommunistischen Lager, das seit Jahren antideutsche Resentiments innenpolitisch instrumentalisiert hatte, überwog das Mißtrauen. Eine Garantie für die polnische Westgrenze bietet nur das Bündnis mit der Sowjetunion. In dieser Optik war die DDR ein unverzichtbarer Bestandteil des europäischen Staatensystems, ein geopolitischer Standortfaktor.

Seit den siebziger Jahren gab es jedoch in oppositionellen Kreisen einen Diskurs über Optionen der Außenpolitik eines unabhängigen Polen. In diesem Punkt spielte die deutsche Frage eine entscheidende Rolle. Schritt um Schritt setzte sich die Überzeugung durch, daß erst ein vereinigtes, demokratisches und in Europa eingebundenes Deutschland Polen die Chance bietet, seine politische Existenz im Westen zu verankern. Die Mauer in Berlin, für die meisten Polen Ende der achtziger Jahre grundsätzlich durchlässig, wurde von den Polen auch öffentlich immer offensiver in Frage gestellt. So sagte etwa Wladyslaw Bartoszewski in seiner Frankfurter Rede anläßlich der Verleihung des Friedenspreises des deutschen Buchhandels: „Die Generation, der ich angehöre, hat mit eigenen Augen die Mauern und Drahtverhaue gesehen, welche die Menschen trennten: Die Mauern des Gettos von Warschau, die Mauer, die

jahrelang quer durch Jerusalem lief, und die Mauer, die bis heute Berlin teilt. Es scheint das Wichtigste zu sein, all das zu unterstützen, was die Menschen verbindet, und sich all dem zu widersetzen, was die Menschen gegen ihren Willen trennt.“ Schon 1978 hieß es in einer Positionsbestimmung der PPN<sup>1</sup>: „Neue umfassende Beziehungen zwischen freien und souveränen Nationen, die im Rahmen großer Gemeinschaften zusammenarbeiten, müssen von der Überzeugung ausgehen, daß Grenzen Orte der Begegnung sind und nicht der Konfrontation - Linien, die verbinden, statt zu trennen.“ Um das festgefahrene Blockdenken aufzuweichen, wurden auch heute skurril erscheinende Ideen in Umlauf gebracht. So hat beispielsweise Edmund Jan Osmanczyk - auch gegen die polnische Führung, die stets auf Distanz zur Bundesrepublik bedacht war - im Jahre 1988 eine Konföderation aus beiden deutschen Staaten und Polen vorgeschlagen.

Im Laufe der Entwicklung waren immer mehr Polen bereit, der immer wahrscheinlicher werdenden deutschen Einheit im Prinzip zuzustimmen - im Prinzip, denn dies gilt vornehmlich für die politische Klasse und die Elite. Unsicherheiten und Bedrohungsängste blieben gleichwohl stark ausgeprägt. Denn gleichzeitig erhob sich die Frage, welchen Weg ein neues vereinigtes Deutschland gehen würde. Im April 1990 bejahten noch 86 Prozent der Studenten Polens die Frage, ob das vereingte Deutschland eine Gefahr für Polen bilden würde. Zudem machten polnische Touristen in der zu Ende gehenden DDR Erfahrungen, die nicht geeignet waren, Ängste vor einem neuen deutschen Nationalismus abzubauen. Die schlechte

<sup>1</sup> „Polnische Vereinigung für Unabhängigkeit“; ein oppositioneller Diskussionsklub, der sich speziell mit außenpolitischen Fragen befaßte.

Stimmung gegenüber den Polen, die in der DDR knappe Konsumgüter aufkauften, nahm im Herbst 1989 noch zu. So entstand der Eindruck, unter den Bedingungen von Öffnung und Demokratisierung zeige sich das wahre Wesen der Ostdeutschen, bei denen - im Gegensatz zu den Westdeutschen - eine xenophobe Haltung und insbesondere die klassischen antipolnischen Stereotypen stark ausgeprägt seien.

Im Laufe des Jahres 1990 bemühte sich die polnische Regierung, auf den deutschen Vereinigungsprozeß Einfluß zu gewinnen und die Gelegenheit zu nutzen, bisher offen gebliebene Fragen zu regeln, insbesondere die Grenzfrage. Bei den „2+4-Verhandlungen“, die den bündnispolitischen Rahmen für das vereinte Deutschland festlegten, wurde Polen beteiligt, als es um diese Frage ging. Dafür hatte sich - anders als die Bundesregierung - insbesondere die (letzte freigeählte) DDR-Regierung de Maiziere/Meckel eingesetzt. Im Zuge der Diskussion über die Bündniszugehörigkeit Deutschlands war Polen das erste Land des in Auflösung begriffenen Warschauer Paktes, das keine Einwände gegen die volle Einbindung Ostdeutschlands in die NATO erhob.

Nachdem der geopolitische Rahmen für die Vereinigung abgesteckt und diese vollzogen war, stellten sich im deutsch-polnischen Verhältnis neue Fragen. Sie wurden im Vertrag über gute Nachbarschaft und freundschaftliche Zusammenarbeit behandelt. Die ostdeutschen Länder finden darin besondere Berücksichtigung; u.a. wurde eine ständige Kommission für grenznahe Zusammenarbeit eingerichtet. Sie hat seit 1993 die Gründung von drei Euro-Regionen längs der Grenze gefördert. Besonders im grenznahen Bereich muß sich die Fähigkeit zur Zusammenarbeit und zum Zusammenleben in guter Nachbarschaft erweisen. Die Bilanz ist bisher ambivalent. Nach jüngsten Studien bestehen auch nach fast 10 Jahren in

breiten Bevölkerungskreisen - nicht bei den Eliten - Gefühle der Fremdheit und gegenseitige Vorurteile unvermindert fort. Und last, but not least: Die Diagnose, daß die Wurzeln des ostdeutschen Rechtsextremismus und der Gewaltbereitschaft eines Teiles der jungen Generation, die sich vornehmlich gegen Ausländer richten, darunter bevorzugt Polen, im wesentlichen in der DDR und ihrem autoritären Erziehungssystem zu suchen sind, dürfte in Polen erheblich weniger Widerspruch hervorrufen als in den ostdeutschen Ländern selbst.

#### *Transformation aus eigener Kraft*

Beim Vergleich der durch die Systemtransformation erreichten Ergebnisse schneidet Polen gegenüber den ostdeutschen Ländern sehr gut ab. Dies ist nicht allen Polen bewußt, doch die Fakten liegen auf der Hand. Polen erlebt zur Zeit sein „Wirtschaftswunder“. Über mehrere Jahre waren Wachstumsraten von sechs bis acht Prozent zu verzeichnen. Die Schocktherapie von Leszek Balcerowicz Anfang der neunziger Jahre war alles in allem erstaunlich erfolgreich. Anders als in der Ex-DDR, wo die Wirtschaft im wesentlichen von Führungskräften aus dem Westen übernommen worden ist und ein gigantischer Finanztransfer den „Aufbau Ost“ ins Werk setzte, hat Polen den Wirtschaftsaufschwung aus eigener Kraft geschafft.

Nach Polen ist im Vergleich mit den ostdeutschen Bundesländern nur ein Bruchteil der ausländischen Direktinvestitionen geflossen. Die eher rauen Bedingungen für den Aufbau eines marktwirtschaftlichen Systems zwangen viel mehr Menschen als in Ostdeutschland zu Unternehmergeist, Risikobereitschaft und Selbstverantwortung, so daß heute eine selbstbewußte Mittelschicht entstanden ist. Die Arbeitslosigkeit ist niedriger als in Ostdeutschland, in den größeren städtischen Ballungsgebieten wie Warschau,

Danzig, Posen, Krakau, Breslau gibt es sie praktisch gar nicht. Hat man noch vor einigen Jahren die ostdeutschen Länder um das Privileg der üppigen Transferleistungen aus dem Westen und die automatische Übernahme in die Europäische Union beneidet, so überwiegt heute die Überzeugung, daß der eigene Aufschwung auf einer gesünderen Basis steht. Die Vereinigung mit der alten Bundesrepublik hat in den neuen Ländern ein Gefühl der Abhängigkeit geschaffen oder verstärkt, weil die Spielregeln samt und sonders vom Westen vorgegeben wurden. Auch das Rechtssystem war im Westen schon vorhanden und wurde von einem auf den anderen Tag übergestülpt, während es in Polen erst allmählich geschaffen werden mußte - ein Prozeß, der zwar widerspruchsvoll und nicht ohne Ungereimtheiten und gelegentliches Chaos, dafür aber organisch verläuft. Hinzukommen die mentalen Schwierigkeiten mit der deutschen Einheit in der ostdeutschen Gesellschaft, die Identitätssängste, das verbreitete Gefühl, zu den Verlierern zu gehören. Diese Phänomene werden in Polen durchaus wahrgenommen, ebenso wie die oft nicht kompatiblen politischen Kulturen der beiden deutschen Teilgesellschaften.

Der Umgang mit der kommunistischen Erblast ist in allen Ländern des ehemaligen sowjetischen Blocks ein weiteres schwieriges Problem, für das es keine Patentlösung gibt. Zu der in Ostdeutschland praktizierten Lösung gehen die Meinungen auseinander. Das mit dem Stasi-Unterlagengesetz praktizierte Verfahren der Akteneinsicht für Betroffene und der Aktenprüfung auf konspirative Mitarbeit für Menschen in öffentlichen Führungspositionen stieß in Polen lange Zeit überwiegend auf Ablehnung. Man befürchtete die sprichwörtliche Hexenjagd. Diese Haltung wurde dadurch bestärkt, daß es in Polen selbst zu einem schwerwiegenden Versuch der Exekutive gekommen war, Akten des Sicherheitsdien-

stes ohne gesetzliche Grundlage willkürlich zur Diskreditierung politischer Gegner zu benutzen. Diese politische Instrumentalisierung der Aufarbeitung hat lange Zeit eine Regelung ähnlich der deutschen unmöglich gemacht. Erst als absehbar war, daß die Gauck-Behörde kein Racheinstrument ist, wuchsen auch in Polen Verständnis und Sympathie für den Weg der Deutschen. Im Blick auf die Leistungen bei der selbstkritischen Aufarbeitung der NS-Diktatur im Kontext der gesamten Nachkriegsgeschichte - bei der es in Ostdeutschland Nachholbedarf gibt - wurde das deutsche Beispiel von einem polnischen Deutschlandkenner sogar als Modell für Europa angeboten.

#### *Was bleibt?*

Die ostdeutschen Länder haben die Erblasten der DDR übernommen. Bis heute üben die westdeutschen Länder - obwohl geographisch weiter entfernt - auf die Polen eine größere Anziehungskraft aus als die auf dem Boden der DDR entstandenen Länder. Dennoch ändert sich das Bild.

Ostdeutschland ist für Polen in doppelter Hinsicht wichtig, vor allem wegen der unmittelbaren Nachbarschaft. Im wirtschaftlichen Wettbewerb und in unzähligen menschlichen Kontakten entscheidet sich letzten Endes die Qualität der deutsch-polnischen Beziehungen. Zum andern sind die ostdeutschen Länder ein Vergleichsobjekt für den Transformationsprozeß, der in Polen unter ganz anderen politischen und wirtschaftlichen, aber auch mentalen und kulturellen Voraussetzungen gestaltet werden muß.